

EXTRA: Rudersberger Ortsumfahrungen – die Entscheidung naht

Bilder: S. Pavlović
Texte: Hans Pöschko

Die Alternativen sind allesamt ziemlich „abwegig“

In Frage kommt laut Regierungspräsidium nur eine „modifizierte Anhörungsstrasse“ / „Wenn die Bürger dagegen sind, wird das vom Land akzeptiert“

Rudersberg. Die Suche des Regierungspräsidiums nach Alternativen zur so genannten „Anhörungsstrasse“ für eine Ortsumfahrung von Michelau und Schlechtbach hat nur eines ergeben: Es gibt aus ökologischen und technischen Gründen keine Alternative, die ernsthaft in Frage käme. Was also bleibt, ist eine in Höhe und Verlauf „modifizierte Anhörungsstrasse“.

Die Rollenverteilung im Team des Regierungspräsidiums, das im Gemeinderat Alternativen zur Mitte durch die beiden Schlechtbacher Ortsteile verlaufenden Anhörungsstrasse vorstellte, war klar: Cornelia Bosbach stellte die jeweilige Planung vor und ihre vor allem für die ökologische Bewertung zuständige Kollegin Gertraud Schober verwarf sie, soweit Bosbach das nicht gleich selber getan hatte. Erste Unruhe in der diesmal nur noch knapp zur Hälfte gefüllten Gemeindehalle machte sich schon breit, als eine an Asperglen vorbeiführende und nach Überwindung einer achtprozentigen Steigung bis auf 60 Meter an Necklinsberg herangerückte und bis zur Rettichkreuzung führende Trasse erläutert wurde. Vernichtendes Urteil: hoher Landschaftsverbrauch allein schon durch die sechs Kilometer Länge, ökologisch höchst problematisch und nicht zu akzeptieren, wenn es andere Möglichkeiten gibt.

Nur theoretisch eine solche andere Möglichkeit hätte eine Trasse sein können, die an Asperglen und Lindental vorbeiführt. Sie wäre zwar nur 4,8 Kilometer lang, hätte aber auf dieser kürzeren Strecke noch mehr Höhenmeter zu überwinden, was nur mit Hilfe von zwei Tunnelbauten zu schaffen wäre. Und der Vorteil, dass weniger Fläche verbraucht würde, würde dadurch aufgefressen, dass die Trasse ein nachgemeldet

Nur noch etwa zur Hälfte mit Besuchern gefüllt war die Gemeindehalle, als sich der Gemeinderat jetzt zum wiederholten Mal mit dem strittigen Thema Ortsumfahrung befasste und sich mit den vom RP vorgelegten Alternativplanungen beschäftigte. Diese Sitzung war die letzte von Bürgermeister Horst Schneider, der die Umfahrung erneut befürwortete. Seinen Platz nimmt schon beim nächsten Mal, wenn der Gemeinderat ein Votum abgeben soll, mit Martin Kaufmann ein bekennender Ortsumfahrungsgegner ein.

hochwertiges Vogelschutzgebiet in der Mitte durchschneiden würde.

Nicht viel besser säh's mit einer als „Weststrasse“ bezeichneten Alternative im Tal aus, die weitgehend parallel zur Wieslauf gleichwohl in leichter Hanglage und bei Asperglen durch einen ganz engen Korridor geführt werden müsste. Was bedeuten würde, dass die Straße, die in Schlechtbach auf die Anhörungsstrasse einschwenken würde, in Asperglen bis auf 20 Meter an die Bebauung heranrücken würde. Das wiederum würde bis zu 4,50 Meter hohe Lärmschutzeinrichtungen erforderlich machen. Vom Schutz der Menschen und der Zerstö-

zung ihres Erholungsraumes einmal abgesehen, könne aber auch diese Straße nicht zuletzt wegen des Vogelschutzes nicht weiter verfolgt werden, machte Gertraud Schober deutlich. Es sei praktisch unmöglich, diese Trasse durchzubringen. Zumindest, solange es noch eine Alternative gebe.

Transparente Lärmschutzwand als Schaufenster auf die Ölmühle

Und die heißt „modifizierte Anhörungsstrasse“. Modifiziert worden ist zunächst einmal die Entwurfsgeschwindigkeit. Nicht auf die von der Gemeinde gewünschten 70

km/h, die nicht den Richtlinien entsprechen würden, aber immerhin auf 80 km/h. Mit der Folge, so Cornelia Bosbach, dass engere Radien möglich würden und die Straße näher an die Bahn herangerückt werden könnte. Die Folge dieser „Bündelungswirkung“ wäre, dass die landwirtschaftliche Fläche nicht so zerschnitten werden müsste. Für den Bereich der Ölmühle sieht diese Planung quasi als Schaufenster für die Autofahrer eine transparente Lärmschutzwand vor, und das in der Talauflage stehende Silo würde weiträumiger umfahren, als das in der ursprünglichen Planung vorgesehen war. Höhenmäßig wurde die Straße so weit

wie möglich von vorher maximal vier auf jetzt nur noch maximal 2,40 Meter reduziert, allerdings um den Preis eines unruhigeren, „flattrigen“ Verlaufs.

Diese ortsnahe Trasse, die als einzige die gewünschte Entlastungswirkung für die Ortsdurchfahrten von Michelau und Schlechtbach verspreche, werde dann weiterverfolgt, wenn die Planung nicht durch den Bürgerentscheid oder einen vorherigen Gemeinderatsbeschluss gekippt werde, sagte Andreas Hollatz. Umgekehrt gelte: „Wenn die Bürger dagegen sind, wird das vom Land akzeptiert und die Planung mit Ausnahme von Miedelsbach eingestellt.“



So viele Trassen für die Ortsumfahrung – und doch keine, die richtig passt.

„Der Bürger ist der Souverän . . .“

Aber vorher sollten noch der Gemeinderat oder die Fraktionen ein Votum zur Umfahrung abgeben

(hap). Weil vorab keine Einsicht in die Planunterlagen des RP möglich war und weil erst noch die Ortschaftsräte gehört werden müssen, wird sich der Gemeinderat am 30. Juli noch einmal treffen, um rechtzeitig vor Bekanntmachung des Bürgerentscheids seine Meinung zur Ortsumfahrung zu artikulieren. Entweder in Form eines Beschlusses oder in Form von Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen.

„In der Regel gibt der Gemeinderat vor einem Bürgerentscheid sein Votum ab“, pflichtete RP-Referatsleiter Andreas Hollatz Bürgermeister Schneider bei, der am Dienstag seine letzte Gemeinderatssitzung

geleitet hat und alles Weitere seinem Nachfolger Martin Kaufmann überlässt beziehungsweise überlassen muss. „Der Bürger ist der Souverän, aber er muss sich der Tragweite seiner Entscheidung bewusst sein“, sagte Horst Schneider mit Blick einerseits auf den auf 23. September terminierten Bürgerentscheid und andererseits auf die „große und auf lange Sicht einmalige Chance“, eine Umfahrung zu bekommen, für die in der Gemeinde 30 Jahre lang gekämpft worden sei. Und bei der sich jetzt, so Schneider unter Berufung auf Schreiben von Regierungspräsident Andriof und Staatssekretär Köberle, sogar noch die Perspektive bietet, dass in absehbarer Zeit auch die Westumfahrung planerisch in Angriff genommen werde. Wenn auch kostenmäßig zunächst zu Lasten der Gemeinde.

Als „sehr selektiv“ kritisierte SPD-Gemeinderat Bernd Wessel diese Interpretation der Äußerungen zur Westumfahrung von Rudersberg, die durchaus nicht so uneingeschränkt positiv seien wie von Schneider behauptet. Was die modifizierte Anhörungsstrasse für Schlechtbach und Michelau angeht, so hält Wessel im Vergleich zur ursprünglichen Planung die Verbesserungen nicht für so dramatisch, als dass der Gemeinderat seine übereinstimmende und „nicht akzeptabel“ lautende Bewertung vom Dezember 2006 korrigieren könnte oder gar müsste. Weshalb Wessel auch die Zeit gekommen sieht für einen endgültigen Beschluss, der in dieser abblendenden Form den Bürgerentscheid überflüssig machen würde.

Seit der grundsätzlichen Zustimmung des Gemeinderats zum Bürgerentscheid sei für ihn klar, dass jetzt der Bürger und nicht mehr der Gemeinderat das Wort habe, vertrat BWV-Gemeinderat Gerhard Birzele die gegenteilige Meinung. „Das ist jetzt nicht mehr mein Part“, sagte er. „Der Bürger soll sagen, was gewünscht wird“, ist auch die Auffassung von Birzeles Fraktionskollegen Dietmar Knödler. Das heiße aber nicht, schränkte er ein, dass sich die Fraktionen nicht outen wollten. Nicht zufrieden war Knödler mit dem vom RP gebotenen Programm: Er hätte sich, bekannte er, sowohl etwas mehr Fleisch zur Ortsumfahrung Rudersberg als auch habhaftere Alternativen zur Trassenführung im Bereich Schlechtbach gewünscht.

„Die beste Lösung gibt es nicht“

Die Durchfahrt zwischen den Schlechtbacher Ortsteilen sei „ein Zwangspunkt, der nicht zu ändern ist“, machte Andreas Hollatz deutlich. Da bleibe als Spielraum nur, etwas dichter an den einen oder anderen Ortsteil heranzurücken. CDU-Gemeinderat Karl Siegle beklagte, dass bei der Vorstellung der Planalternativen viel von Vogel- und Landschaftsschutz und wenig von Menschenschutz die Rede gewesen sei. Die Einschätzung Siegles, dass eine Umfahrung bei Asperglen mit aktivem Lärmschutz möglicherweise besser sei als eine nahe an Miedelsbach vorbeiführende Trasse, kommentierte Hollatz so: „Die beste Lösung gibt es nicht.“ Klar sei aber eines: „Die, die jetzt an den Ortsdurchfahrten wohnen, bekommen nie den Lärmschutz wie die an einer neuen Straße.“ Für Hollatz gibt's nur eine Entscheidung: „Hopp oder top.“ Denn: „Es geht nicht anders als durch Schlechtbach durch.“ Und noch etwas machte der Referatsleiter den mit Natur und einem hochwertigen Lebensraum „gesegneten“ Rudersbergern klar: „Wir schwätzen Ihnen keine Straße auf, das ist Ihr Tal. Wir wollen Sie lediglich von der Notwendigkeit einer Ortsumfahrung überzeugen.“

Von Hans Pöschko

Die Ortsumfahrung stirbt

Und der Gemeinderat verschanzt sich hinter dem Bürgerentscheid

Wer setzt sich durch: Die, die den Verkehr bekämpfen, oder die, denen der Erhalt des Wieslauftals am Herzen liegt?

diese Trasse nicht will. Es gibt aber, und das war absehbar, keine andere, die eventuell durchsetzbar wäre, sondern nur diese eine in einer etwas modifizierten Form. Also müsste die Entscheidung konsequenterweise lauten: Ablehnung. Oder aber, und auch das wäre ehrenwert: Der Gemeinderat bekennt sich zu dieser wenn auch ungeliebten Planung, weil es nun mal keine andere und eine „beste Lösung“, die alle zufrieden stellt, sowieso nicht gibt. Allerdings würde vor allem Letzteres ziemlich viel Mut und Stehvermögen erfordern, und dafür gibt's aktuell nicht viele Anzeichen. Zumal in der Sitzung am 30. Juli, so sie überhaupt noch Sinn macht, nicht mehr der sich bis zuletzt zu einer Ortsumfahrung bekennende Horst Schneider Bürgermeister ist, sondern sein am Dienstag auch anwesender Nachfolger Martin Kaufmann. Und der ist bekennender Ortsumfahrungsgegner und wurde nicht zuletzt deshalb gewählt.

Der Kampf um die Ortsumfahrung – er



Ein Gemeinderat ist nicht gewählt, um bei wichtigen Fragen keine Meinung zu haben

Es gibt (böse?) Menschen, die behaupten, der Referatsleiter des RP, Andreas Hollatz, bekäme sein Geld nicht dafür, Straßenbauprojekte voranzubringen, sondern dafür, sie zu verhindern oder auf den St. Nimmerleinstag zu schieben. Anderswo (zwischen Schorndorf und Schlechten?) mag das gelten, aber dass die Ortsumfahrung im Wieslauftal, soweit sie die Gemarkung Rudersberg betrifft, spätestens nach der Sitzung am Dienstagabend so gut wie tot ist, haben nicht in erster Linie das RP und Hollatz zu verantworten. Diese Planung scheitert an äußeren und im wahrsten Sinn des Wortes natürlichen Umständen und – aller Voraussicht nach – am legitimen Widerstand der Bevölkerung.

Eine wenig überzeugende Rolle in dieser Tragikomödie, deren vorläufig letzter Akt mit dem Bürgerentscheid am 23. September gespielt werden dürfte, spielt der Gemeinderat. Dass jetzt Formalien – keine rechtzeitige Planeinsicht, Anhörung der Ortschaftsräte – als Begründung da-

für ins Feld geführt werden, dass sich der Gemeinderat in Sachen Ortsumfahrung auch diesmal wieder nicht eindeutig positioniert hat, mag ja noch angehen. Dass nun aber Stimmen wie die von BWV-Rat Gerhard Birzele laut werden, die sich auf den Standpunkt stellen, die Zustimmung zum Bürgerentscheid erübrige ein Votum des Gremiums beziehungsweise verbiete es geradezu, hat nur bei sehr viel Wohlwollen etwas mit einer basisdemokratischen Grundhaltung zu tun. Davon abgesehen, wie in Rudersberg. Nur: Gemeinderäte sind nicht gewählt, um keine Meinung zu haben oder sie nicht zu sagen. Oder um sich hinter einem Bürgerentscheid zu verstecken.

Dabei ist die Entscheidung doch eigentlich schon gefallen. Der Gemeinderat hat im Dezember eindeutig festgestellt, dass er